

Schwanheimer Zeitung

(Schwanheimer Anzeiger)

Die Schwanheimer Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Samstags. Abonnement 65 Pfg. monatlich frei ins Haus, oder 60 Pfg. in der Expedition abgeholt; durch die Post vierteljährlich M. 1.80 ohne Bestellgeld.
Redaktion und Expedition:
Baronessestraße 3. Telefon: Amt Hansa, Nr. 1720.



Anzeigen: Die fünfgespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg. Bei größeren Aufträgen und öfteren Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. — Inseraten-Aufnahme auch durch alle größeren Annoncen-Bureaus.
Redaktion und Expedition:
Baronessestraße 3. Telefon: Amt Hansa, Nr. 1720.

Ämtliches Verkündigungsorgan für die Gemeinde Schwanheim

Wöchentliche Gratis-Beilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“

Bekanntmachungen.

Polizeistunde.

Der Herr Ortskommandant hat die Polizeistunde bis auf weiteres um 1 Stunde verlängert. Der Verkehr auf den Straßen und in den Wirtschaften ist also bis 9 Uhr abends (französische Zeit) erlaubt.

Schwanheim a. M., den 31. Dezember 1918.
Der Bürgermeister. J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

Im Interesse der dringend notwendigen Ersparnis an Licht und Heizmaterial habe ich nach Einführung der westeuropäischen Zeit die Dienststunden des Landratsamtes, des Kreisaußschusses, der Steuerverwaltung und des Kreisnahrungsmittelamtes von 8—1 Uhr und von 3—6 Uhr festgesetzt.

Auf Anordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten erlaube ich alle Behörden, Banken, Vereine und gewerblichen Betriebe, ihre Geschäfts-, Büro-, Schalter- usw. Stunden sinngemäß festzusetzen, damit sich das wirtschaftliche Leben in der Tageszeit nicht um eine Stunde zum Abend hin verschiebt.

Höchst a. M., den 26. Dezember 1918.

Der Landrat: Klausen.

Wied veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 2. Januar 1919.
Der Bürgermeister. J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

Gemäß den Weisungen des Marschalls, Oberbefehlshabers der alliierten Armeen sind die Postverbindungen wieder hergestellt und folgenden Bedingungen unterworfen. Diese Bestimmungen sind nicht durch unbilliges Vorurteil, sondern durch die Notwendigkeit der militärischen und allgemeinen Sicherheit veranlaßt.

I. Briefverkehr von und nach den Ländern der Entente oder den durch die alliierten Armeen besetzten Gebieten.

1. Lesbare Schrift, wenn irgend möglich in lateinischen Buchstaben.
2. Die einzigen erlaubten Sprachen sind: Französisch, englisch, italienisch, spanisch, der elsässische Dialekt und Deutsch. Es wird lediglich Hochdeutsch und keine deutschen Dialekte zugelassen.
3. Adressen der Absender: Die Briefe müssen auf der Rückseite der Briefumschläge die vollständige und lesbare Adresse des Absenders tragen. Jeder Verstoß gegen diese Vorschriften oder jede Angabe einer falschen Adresse können das Zurückhalten des Briefes verursachen.
4. Der Gebrauch von gefüllten Briefumschlägen ist verboten.
5. Ablieferung der Briefe. Die Briefe werden durch das Publikum in die gewöhnlichen Briefkästen eingeworfen.
6. Verbot der Briefüberbringung. Es ist jeder Person, die nicht bei der Post beschäftigt ist, jedem Unternehmen außer der Post verboten, sich mit dem Transport von Briefen, sei es zu Fuß, zu Wasser, mit der Eisenbahn oder durch die Luft zu befassen (es handelt sich hierbei um Briefe, Notizen, Postkarten, Manuskripte und Drucksachen).

- a) für Rechnung eines Dritten, welches auch immer der Bestimmungsort sei,
- b) für eigene Rechnung außerhalb des Postbereiches des Herkunftsortes (Ausdehnung des Gebietes, welches durch das Postamt bedient wird).

Durch die Gendarmen oder durch besonders hierzu bestimmte Agenten der alliierten Truppen werden Nachforschungen und Durchsuchungen vorgenommen, um Uebertretungen dieser Vorschriften festzustellen. Die Uebertretungen werden durch Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe geahndet.

Die Postverbindungen mit Polen, Böhmen, Jugoslawien, Serbien, Rumänien und Griechenland werden sobald wie möglich wieder hergestellt.

II. Briefverkehr von und nach den nicht besetzten deutschen Gebieten und den feindlichen und neutralen Ländern. Es wird lediglich der Empfang oder die Versendung von Briefschaften aus den rheinischen besetzten Gebieten genehmigt, die sich auf kaufmännische, industrielle, finan-

zielle und behördliche Angelegenheiten beziehen und die von Korrespondenten herkommen, die namentlich durch den kommandierenden General der Armee bezeichnet sind.

Die Personen, die hierzu ermächtigt zu werden wünschen, müssen ihre entsprechend begründeten Gesuche dem kommandierenden General der Armee durch Vermittlung der militärischen Verwalter einreichen.

Die herein- oder hinausbeförderungen in oder aus dem besetzten Gebiet aller Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren außer denjenigen der alliierten Länder ist strengstens untersagt.

23. Dezember 1918.

Der Kommandierende General der 10. Armee.
gez. Mangin.

Rundschau.

Staatssekretär Erzberger beim Frankfurter Oberbürgermeister.

Staatssekretär Erzberger, der aus Anlaß der Zentrums-Vertreter-Tagung am Montag in Frankfurt a. M. weilte, verständigte sich mit dem Frankfurter Oberbürgermeister Boigt über verschiedene Wünsche der Stadt hinsichtlich des Verkehrs zwischen neutralem und besetztem Gebiet usw.

Die neue Reichsregierung.

Die Reichsgeschäfte im neuen Kabinett sind folgendermaßen verteilt: Ebert Inneres, Scheidemann Äußeres, Noske Heer und Marine, Landsberg Finanzen, Wiesel Sozialpolitik. Nebenbei bleibt die Zuständigkeit der einzelnen Ressorts bestehen. Eine Erweiterung des Rates der Fünf soll nur dann eintreten, wenn der Zentralrat es wünscht.

Ausscheiden des Staatssekretärs Wurm.

Staatssekretär Wurm hat sich mit den drei aus der Reichsregierung ausgeschiedenen Unabhängigen solidarisch erklärt und sein Amt zur Verfügung gestellt. Auf Ersuchen der Reichsregierung erklärte Wurm sich bereit, die Geschäfte des Reichsernährungsamtes bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiter zu führen.

Die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland und die Entente.

Der Vertreter des Marschalls Foch, General Rubant, hat gegenüber einigen Mitgliedern der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa eine für die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland bedeutungsvolle Äußerung getan. Er erklärte, die Entente müsse es ablehnen, mit „radikalen Elementen“, als welche er die Partei der Unabhängigen ansehe, zusammenzuarbeiten. Sollte diese Partei in Deutschland in den Besitz der Regierungsgewalt gelangen, so seien die gemeinsamen Bemühungen Deutschlands und der Alliierten um einen Waffenstillstand und Präliminarfrieden gescheitert.

Die Oberste Heeresleitung

hat an Oberost folgendes Telegramm gesandt: „Ich erlaube, mit allen Mitteln bekannt zu geben, daß es von der deutschen Reichsregierung auf das strengste verboten ist, Waffen und Heeresmaterial den Bolschewisten zu überlassen. Kommandobehörden, Soldatenräte und Truppen, die diesem Verbot nicht nachkommen, sind nicht nur für die Verschleuderung deutscher Werte persönlich verantwortlich, sie haften auch für die politischen Folgen der durch dieses Verfahren herbeigeführten Verletzung des Waffenstillstandsabkommens mit der Entente. Die Wiederaufnahme des Krieges kann die Folge sein. Waffen und Heeresmaterial, das nicht mit zurückgeführt werden kann, ist ordnungsgemäß an die betreffenden Landesregierungen zu übergeben. Ich erlaube, gegen Schuldige, die aus Feigheit oder anderen Gründen das Verbot der deutschen Reichsregierung übertreten, mit allen Mitteln einzuschreiten und die Namen zur öffentlichen Bekanntgabe zu melden.“

Gegen den Bolschewismus.

Wie aus Riga gemeldet wird, haben die Engländer in Libau, Riga und Mitau Truppen gelandet. Die Engländer nahmen von dort aus Stellung gegen den Bolschewismus.

Englisch-deutsches Zusammenwirken.

Aus Riga wird gemeldet: Die Engländer landeten hier Truppen aller Waffengattungen. Nach einer Vereinbarung mit dem deutschen Reichskommissar Winnig sollen die Engländer gemeinsam mit den zuverlässigen deutschen Okkupationstruppen zunächst nur den Schutz der Stadt übernehmen, doch soll später die Okkupationsbasis erweitert werden.

Vormarsch der Bolschewiki auf Riga.

Aus Riga wird berichtet: Hier herrscht eine panikartige Stimmung. Die Bolschewisten nähern sich von Norden her und sollen nur noch etwa 30 Kilometer von der Stadt stehen. Viele Familien flüchten aus Furcht vor einem Blutbad und aus Angst, in die schwarzen Listen eingetragen zu werden.

Der Versuch einer Militärrevolte lettischer Kompanien gegen die provisorische lettische Regierung wurde durch regierungstreue Landeswehr mit Feuerunterstützung, englischer Schiffsartillerie unterdrückt. Die Meuterer wurden verhaftet und abgeurteilt. Riga ist ruhig.

Ein Gefecht mit Bolschewisten in der Ostsee.

Der amerikanische Kreuzer „Chester“ ist in Begleitung zweier Torpedoboots im Hafen von Kopenhagen vor Anker gegangen. Das in Kopenhagen befindliche englische Geschwader hatte am Freitag ein Gefecht mit einigen Bolschewistenschiffen, von denen eines sank, und ein zweites sich den Engländern ergab.

Bolschewistische Propaganda in Deutschland.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus zuverlässiger Quelle berichtet, daß für bolschewistische Propaganda in Deutschland gegenwärtig noch Depots in Höhe von insgesamt 12½ Millionen Mark zur Verfügung stehen, die sich zum überwiegenden Teil aus Mitteln der großrussischen Regierung zusammensetzen. Diese Beträge sollen in erster Linie zur Einleitung einer kräftigen bolschewistischen Propaganda und den deutschen Industrie- und Transportarbeitern dienen.

Bolschewismus in Oberschlesien.

Ämtlich wird aus Beuthen mitgeteilt, daß auf den Gruben des ober-schlesischen Zentralkohlenreviers reiner Bolschewismus und Anarchismus herrsche. Die Generaldirektionen und Direktoren werden zangsweise in die Zechenhäuser gebracht und unter Bedrohung zu Unterschriften gezwungen. Wenn die Regierung nicht sofort schärfste Maßnahmen ergreift und militärische Hilfe sendet, besteht die Gefahr einer Stilllegung der ober-schlesischen Gruben und damit des Zusammenbruches des ganzen Wirtschaftslebens. Die Zahl der Ausländigen hat sich wieder erhöht.

Die Handelskammer Oppeln teilt mit: Auf der Grube Schlesiens hat ein Teil der Arbeiter das Verwaltungsgebäude gestürmt, den Direktor Drescher und den Berginspektor Luck ergriffen und mit Gewalt ins Zechenhaus geschleppt. Dort wurden beide Beamte auf einen Tisch gestellt und durch Todesandrohung gezwungen, die Forderungen der Arbeiter sofort zu bewilligen. Die wichtigste davon lautet auf Auszahlung von 800 Mark pro Kopf bei nächster Lohnung. Werden diese Zulagen überall ausbezahlt, so wird dem ober-schlesischen Steinkohlenbergbau eine Mehrbelastung von 80 Millionen Mark entstehen. Die Arbeiter brachten dabei Hochrufe auf Rosa Luxemburg und Liebknecht aus. Auch auf der Donnersmarckhütte und Grube wurde die Verwaltung mit Gewalt gezwungen, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Wenn nicht unverzüglich regierungstreue Truppen in den Industriebezirk geschickt werden, so ist in den nächsten Tagen mit Lahmlegung aller Betriebe durch den kleinen bolschewistischen Teil der Belegschaft, der die andern Arbeiter terrorisiert, zu rechnen.

Erste Kämpfe in Odesa.

Neuer zufolge ist in London die Nachricht eingetroffen, daß es in Odesa zu ersten Kämpfen gekommen ist, an denen französische Kriegsschiffe teilnahmen. Wie verlautet, landeten die Franzosen im Einvernehmen mit den örtlichen Militärbehörden 5000 Mann, um die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten. Während diese Truppen ausgeschifft wurden, nahmen die Truppen in der Stadt sie verräterischerweise unter Feuer. Die fran-

zöfischen Kriegsschiffe beschossen darauf das Lager hinter der Stadt. Die Zahl der Toten und Verwundeten muß sehr groß sein. Es ist noch nicht bekannt, ob die Franzosen Odessa noch besetzt halten.

Auf ein Militärzug aufgefahren.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet: Einige deutsche Lokomotiven, die die belgische Eisenbahnverwaltung zurückgewiesen hatte, sind, von deutschem Personal geführt, bei Namur auf einen Militärzug aufgefahren. Drei deutsche Maschinisten wurden verhaftet.

Der Londoner Dreimänner-Kat.

Der parlamentarische Berichterstatter der Londoner Times meldet, daß bei den jetzigen Konferenzen, welche ausschließlich zwischen Wilson, Lloyd George und Balfour stattfanden, u. a. die Frage der Freiheit der Meere, zweites des Völkerbundes, drittens die Frage der Entschädigungen, welche die Zentralmächte bezahlen sollen, viertens die territorialen Fragen im Zusammenhang mit dem entstandenen neuen Staatswesen, fünftens die Zukunft der deutschen Kolonien und des türkischen Reiches besprochen wurden. Das englische Reichskriegskabinet hatte vor einigen Tagen endgültig zu den verschiedenen Fragen Stellung genommen. England beharrte auf der traditionellen britischen Auffassung von der Freiheit der Meere und sei gleichfalls fest entschlossen, daß der Völkerbund in das künftige Völkerrecht aufgenommen werden müsse. England müsse gewisse Vorbehalte über die deutschen Kolonien, deren Zurückverstattung es für nicht erwünscht hält, aussprechen. Jetzt schon könne gesagt werden, daß die Dominien nicht nur Deutschland, sondern auch dem eigenen Mutterlande und den Alliierten ihre Rechnung präsentieren werden. Weiter soll auch die Stellung Rußlands und die Versorgung der Zentralmächte besprochen worden sein.

Die Schulden Frankreichs.

Aus Paris wird gemeldet: Die Kammer setzte am Samstag die Diskussion über den provisorischen Kredit für das erste Quartal 1919 fort. Stern stellt fest, daß die Schulden Frankreichs 162 Milliarden betragen. Wenn man hierzu die übrigen Kriegsausgaben, wie Schadenersatz usw. hinzurechnet, so erhält Stern für Frankreich eine Gesamtausgabe von 250 Milliarden, was einen jährlichen Zins von 12 1/2 Milliarden ausmache. England schähe seine Forderungen auf 200 Milliarden, Belgien auf 20 Milliarden. Die Alliierten hätten also das Recht, von Deutschland 470 Milliarden zu fordern. Der deutsche Minister Helfferich habe im Jahre 1913 das Jahres-einkommen Deutschlands auf 50 Milliarden geschätzt. Die Alliierten müßten auf dieser Schätzung fußen.

Italienische Truppenansammlungen in Innsbruck.

Nach Meldungen aus Zürich werden in Innsbruck große italienische Truppenmassen zusammengezogen. Allein in der letzten Woche sind drei neue italienische Divisionen in Tirol eingetroffen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Truppenansammlungen gegen München und Süddeutschland gerichtet sind, um im Falle von bolschewistischen Unruhen Besetzungen in Süddeutschland vorzunehmen.

Wilson's Friedenspolitik.

Aus München meldet man: Hier hält sich gegenwärtig eine amerikanische Kommission auf, die zum Studium der politischen Verhältnisse nach Deutschland gekommen ist. Einer dieser Herren äußerte in einem Gespräch mit einer führenden Persönlichkeit der bayerischen Demokratie, daß Wilson trotz des Ausfalles der Wahlen die Massen des amerikanischen Volkes hinter sich habe, das seine Friedenspolitik rückhaltlos unterstütze.

164 deutsche U-Boote ausgeliefert.

Dem „Berl. Lokalanzeiger“ zufolge wird nach einem Funkpruch aus London vom 24. Dezember eine weitere beträchtliche Anzahl deutscher Unterseeboote binnen kurzem der Aufsicht der britischen Admiralität unterstellt. Es sind 30 große Fahrzeuge des neuesten Modells, welche noch nicht fertiggestellt waren, als die ersten Staffeln unserer U-Boote ausgeliefert wurden. Die Anzahl der ausgelieferten Unterseeboote wird dadurch auf 164 erhöht; das sind mehr, als Deutschland nach der allgemeinen Ansicht zurzeit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages besaß.

Lokale Nachrichten.

Jahreswechsel. Noch niemals dürfte sich in Schwanheim der Jahreswechsel so geräuschlos vollzogen haben wie in diesem Jahre. Wohl hat der Ortskommandant die Feierabendstunde in entgegenkommenderweise von 8 auf 9 Uhr abends um eine Stunde verlängert. Aber in Anbetracht dessen, daß um die Jahreswende alles zu Hause mußte, dürfte die meisten Einwohner zum alten in das neue Jahr hinüber geschlafen und somit vom Neujahrsbeginn gar nichts gemerkt haben. Kein Glockengeläute, kein „Prosit Neujahr“ erklang, sondern tiefe Stille herrschte allenthalben. Alles trug dem Ernst der Zeit Rechnung. Das war veranlaßt. Es ist auch so gegangen. Hoffentlich bringt uns nun das junge Jahr recht bald den ersehnten Frieden. Dann wollen wir, so Gott es will, den nächsten Neujahrsbeginn wieder in der althergebrachten Weise feiern.

Frankfurts Kohlenversorgung. Die Blätter melden, daß die Kohlenversorgung Frankfurts binnen weniger Tage katastrophalen Charakter annehmen werde, da die Kohlenzufuhr so gut wie aufgehoben ist. In den Gaswerken muß bereits die Verwendung von Holz ins Auge gefaßt werden. Die Lage ist so ernst, daß man sich aufs Schlimmste gefaßt machen muß.

Hochwasser überall. Durch die vielen Niederschläge der letzten Tage und die Schneeschmelze in den bayerischen Bergen ist der Mainwasserstand stark im Steigen begriffen. Doch besteht für uns keine Hochwassergefahr.

Auch die Nebenflüsse Kinzig, Nidda usw. führen Hochwasser.

Das Reisezeugnis für Kriegsteilnehmer. Dem Vernehmen nach beabsichtigt das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung denjenigen jungen Leuten, die in den Schuljahren 1914 und 1915 bis Ostern 1916 die regelrechte Verlegung nach der Unterprima erlangt und bis zum Schluß des Krieges im Heeresdienste gestanden haben oder als Kriegsbeschädigte entlassen wurden, das Reisezeugnis zu erteilen.

Abschlußtag für die Frankfurter Schützmannschaft. Für die Schützmannschaft wird vom 5. Januar 1919 ab die achtstündige Dienstzeit eingeführt.

Die Not in Deutschland. Aus Bern wird berichtet: Der namhafte Kriegsberichterstatter Philipp Gibbs erzählt im „Daily Chronicle“ über die Not in Köln, daß man nicht nach glänzenden Läden, gefüllten Theatern und Kaffees urteilen dürfe. Hinter einer schönen Fassade verberge sich die bitterste Not, namentlich sei die Lage der Kinder wegen des Milchmangels erschreckend. Unter einer guten glänzenden Kleidung der Frauen verberge sich ein wahres Skelett, die angebliche Influenza sei oft echter Hungertypus. Eine deutsche Frau sagte ihm: „Das Ende des Krieges kam so schnell, weil etwas im Herzen des Volkes zerbrach. Nachdem die langen Elendsjahre die Widerstandskraft zermürbt hatten, kam die Katastrophe wie ein Dammbruch.“ Gibbs schließt: „Wie die falschen Lederschuhe in den Fenstern und der falsche Kaffee in den Konditoreien ist der äußere Glanz des Kölner Lebens nur Comouflagage eines Volkes, das zu stolz ist, seine Wunden zu zeigen.“

Im westlichen Teile der Provinz Rheinhesen hat der französische Kommandant des Kreises Alzen für eine Reihe von Lebensmitteln Höchstpreise angelegt, die in vielem wesentlich hinter den bisherigen Sätzen zurückbleiben. Es werden bezahlt für das Pfund Ochsenfleisch 2 Mark, für Schweine- und Kalbsfleisch 1.80 Mark, für Pferdefleisch 1 Mark, Blutwurst und Sülze 2 Mark, Wurst 2.20 Mark, Hühnerfleisch 1.50 Mark, Gans lebend das Stück 19 Mark, Ente das Stück 11 Mark, Eier das Stück 35 Pfg., Butter das Pfund 5.50 Mark, Milch das Liter 45 Pfg., der Laib Roggenbrot von 2200 Gramm 1 Mark, Bier das Liter 40 Pfg., gewöhnlicher Wein 4 bis 5 Mark, bessere Sorten 10 bis 20 Mark das Liter.

Der Großherzog von Hessen. Eine außerordentliche Sitzung des Darmstädter A. und S.-Rates forderte die offizielle Abdankung des Großherzogs von Hessen mit dem Hinzufügen, daß für einen konspirierenden Großherzog jetzt kein Platz mehr sei. Es wurde beschlossen, dem Großherzog mitzuteilen, daß er fliehen müsse, oder daß er interniert werde, wenn er nicht abdankte. Seit der aufsehenerregenden Erklärung des Prinzen Heinrich von Preußen sind dem Darmstädter A. und S.-Rat allerlei Bedenken gekommen; unter anderem vermutet man, daß der Großherzog von Hessen infolge seiner guten Beziehungen zu verschiedenen ausländischen Höfen Aussicht habe, zur Leitung des geplanten neuen Rheinbundes berufen zu werden.

Erhöhung der Kohlenpreise. Die Versammlung der Zeichenbesitzer des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels in Essen erhöhte am 1. Januar 1919 die Richtpreise einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer für Kohlen und Briketts um 14.50 Mark, sowie für Koks um 21.70 Mark für die Tonne. Die Preiserhöhung soll bis auf weiteres gehalten, aber Ende Februar einer Nachprüfung unterzogen werden. Diese ganz ungewöhnliche, vom allgemeinen Interessenstandpunkt bedauerliche Preiserhöhung liegt, wie besonders betont wurde, ausschließlich in der außerordentlichen Steigerung der Selbstkosten begründet. Diese Steigerung der Kosten ist das Ergebnis der beträchtlichen Lohnerhöhungen, welche im Gefolge der letzten Ereignisse den Bergleuten bewilligt werden mußten, bei gleichzeitiger Verkürzung der Schichtdauer, die nicht nur die Wirkung der Lohnerhöhung erheblich verschärft, sondern auch die Materialkosten unverhältnismäßig gesteigert hat.

Eine wichtige Neuordnung in der Verwaltung ist nun durch die französischen Behörden für einen großen Teil des Oberrheinkreises angeordnet worden. Soweit die Orte desselben besetzt sind, ist aus ihnen mit den gleichfalls besetzten Orten des Kreises Uffingen ein eigener Verwaltungsbezirk — Landratsamt — mit dem Sitz in Königstein gebildet worden. Die Amtsräume desselben sind in dem sogenannten Kavallerbau des dortigen Schlosses eingerichtet, in Vertretung des Landrates fungiert Bürgermeister Jakob, der als Bürgermeister durch den Beigeordneten Ludwig Brühl vertreten wird. Zu dem neugebildeten Landratsamt Königstein gehören nun die 26 Orte: Königstein, Cronberg, Altenhain, Ohlshausen, Eppenhain, Eppstein, Falkenstein, Fischbach, Glashütten, Hoenau, Kellheim, Mammolsheim, Neuenhain, Niederhöchstädt, Oberhöchstädt, Ruppertsheim, Schloßborn, Schneidhain, Schönbach, Schwalbach, Oberreifenberg, Niederreifenberg, Oberems, Niederems, Wüstems und Seelenberg.

Die edle Tat eines heimgekehrten Kriegers bildet im Stadtteil Sindlingen zur Zeit das Tagesgespräch. Ein verheirateter Krieger von dort hatte während des Krieges gelobt, wenn er glücklich heimkehre, durch eine edle Tat das tiefe Gefühl der Dankbarkeit gegen seinen Beschützer zu verwirklichen. So begab sich der wackere Mann denn am Weihnachtsabend zu der Witwe eines schon zu Anfang des Krieges gefallenen, sehr braven Sindlingers und legte der Bedauernswerten bare fünfhundert Mark auf den Tisch. Zugleich versprach er der vor Dank völlig Verführten, für ihr einziges Kind wie ein Vater zu sorgen und alle Kosten seiner Ausbildung auf höheren Schulen zu tragen. Der edle Krieger zeigte, daß man auch daheim ein Held im besten Sinne des Wortes sein kann.

Gegen die Annahme des Frankfurter Notgeldes (Zwei-, Fünf-, Zehn- und Zwanzigmarkscheine) macht sich hier, so schreibt das „Kreisblatt“, im geschäftlichen Verkehr seit einigen Tagen ein gewisser Widerstand bemerkbar. Manche Leute meinen, nach der Absperrung von Frankfurt bestünde die Gefahr, diese Gutscheine nicht mehr los zu werden, und verweigern daher die Annahme. Zu diesem Verhalten liegt kein Grund vor. Niemand wird doch glauben, daß die augenblickliche Verkehrs-sperrung zu einer dauernden Einrichtung werde; sie fällt vielleicht schneller, als wir hoffen, und die Stadt Frankfurt ist doch wohl noch „gut“ für die paar Millionen Mark, die in dem Notgeld ausgegeben sind. Das gleiche gilt von den Gutscheinen anderer Städte, und den großen Industrie-Unternehmungen (Oriesheim-Elektron usw.). Die Hauptsache ist nur, daß jeder die Gutscheine willig annimmt. Ist aber erst einmal das Mißtrauen rege und sind die Leute kopfscheu geworden, dann wird die ganze gemeinnützige Absicht vereitelt, die der Ausgabe der Gutscheine zugrunde lag. Bei den öffentlichen Kassen werden letztere ohne Schwierigkeiten in Zahlung genommen und selbstverständlich auch ausgegeben, also besteht auch für den kleinen Geschäftsmann und im Privatverkehr keinerlei Grund zur Zurückweisung.

67 000 Erwerbslose in Berlin. Bei der Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin waren bis Sonnabend, den 21. Dezember, 69 979 Arbeitslose eingetragen. Von diesen haben 3060 Arbeit angenommen, so daß 66 919 eingetragene Arbeitslose verblieben sind.

Zuckerrübenbau im Kleingarten.

Statt Zucker läßt sich im Haushalt vielfach Sirup verwerten. Sirup kann jeder Kleingartenbesitzer, der über einen nicht allzu mageren Sandboden verfügt, durch Anbau von Zuckerrüben gewinnen. Auf 1 Quadratmeter Gartenland sind 8—9 Zuckerrüben von je 1 1/2—2 Pfund zu ziehen.

Folgende Regeln verdienen Beachtung:

1. Der Boden muß im Herbst 30—40 Zentimeter tief gegraben werden und über Winter in rauher Scholle liegen bleiben.
2. Die Rübe verlangt im Herbst eine starke Düngung aus verrottetem Stalldung; frischer Stalldung ist schädlich, ebenso ist Jauche zu vermeiden. 3—4 Wochen vor der Aussaat gebe man Kali von 40—50 Prozent (auf 10 Quadratmeter 1/2 Pfund) oder, wenn Kali jetzt nicht erhältlich, 6—8 Wochen vor der Aussaat 50 prozentiges Chlorkalium (auf 10 Quadratmeter 1/2 Pfund).
3. Vor der Bestellung mit Samen Mitte April wird das Land mit der Harke gut bearbeitet.
4. Der Samen — 3 Gramm auf 1 Quadratmeter — muß in einer Reihenweite von 30 bis 40 Zentimeter in Rillen wie Rotebeete und einen Abstand von 20—24 Zentimeter ausgelegt und mit Erde bedeckt werden.
5. 2—3 Wochen nachdem der Samen aufgegangen ist, wird der Boden gehackt.
6. Haben die Rüben die Dicke eines Strohhalmes erreicht, so müssen sie verzogen werden und zwar so weit, daß alle 20 bis 24 Zentimeter eine starke Pflanze stehen bleibt. Falls Lücken entstanden sind, kann man die abgezogenen Pflanzen nachpflanzen; das muß möglichst bei feuchtem Wetter geschehen. Man achte darauf, daß die Wurzeln beim Einpflanzen gerade bleiben. Ein rechtzeitiges Verziehen stellt ein gutes Gedeihen sicher.
7. Unmittelbar nach dem Verziehen sind die Rüben wieder zu behacken und zwar selbst dann, wenn kein Unkraut vorhanden ist. Zum letzten Male werden die Rüben Anfang Juli behackt. Ein Verlegen der Rübenpflanze ist zu vermeiden.
8. Die Rüben dürfen nicht vor Mitte Oktober bis Anfang November eingeerntet werden, da sie in der letzten Zeit ihres Wachstums den meisten Zucker ansetzen. Bei zu erwartenden Nachfrösten sind sie natürlich sofort zu ernten und einzumieten.
9. Wegen starker Frostpfindlichkeit und Verdunstung des Zuckergehaltes sind die geernteten Rüben möglichst sofort mit Erde zu bedecken, d. h. einzumieten. Ein Aufbewahren im Keller ist zu vermeiden.
10. Aus den Rüben wird Sirup in folgender Weise bereitet: Die Rüben sind zu waschen, von allen Nebenwurzeln und unnützen Bestandteilen zu befreien und dann ungeschält mit kräftigem Messer oder Brotschneidelade in kleine dünne Stücke zu zerschneiden und mit so viel Wasser zu Feuer zu bringen, daß die Stückchen sich beim Kochen nicht am Boden ansetzen. Sie werden 12 Stunden unter mehrfacher Umrühren gekocht. Dieses braucht jedoch nicht in ununterbrochener Zeit zu geschehen, sondern kann gelegentlich, wenn sich sonst Feuer im Herd oder Ofen befindet, fortgesetzt werden. Alsdann wird der Saft durch ein Sieb oder Sehtuch oder Tuch abgeseiht, der Saft durch Siedes oder Sehtuch oder Tuch und nochmals 4—5 Stunden auf starkem Feuer bis zur Dickflüssigkeit gekocht (verdampft). 10 Pfund Rüben geben 1 1/4—1 1/2 Pfund Sirup.

Kirchliche Anzeigen.

Katholischer Gottesdienst.

Freitag, (Gedächtnis-Freitag) 6 1/2 Uhr: West. Amt 1. G. des hl. Hergens Jesu für den gefallenen Krieger August Röhrig, m. St. Josephshaus West. Amt 1. G. des hl. Hergens Jesu für den gefallenen Krieger Peter Joseph Schaub. — Nach beiden Römern Auslegung des Allerheiligsten, Altar und Segen.

Samstag, 6 1/2 Uhr: 2. Exequienamt für Peter Anton Herber, dann Geb. Amt für Wilhelmine Gerlich geb. Wagner, ihren Ehemann Johann Anton und deren Kinder. — Nachm. 3—6 Uhr und abends 6 1/2—7 1/2 Uhr: Beichtgelegenheit. — 4 Uhr: Salve.

Das kath. Pfarramt.

Ein Portemonnaie

mit Inhalt verloren. Abzugeben gegen Belohnung im Rathaus.